

Welche Zukunft für den Oberrhein ?

Die Erwartungen der Akteure und Bürger



dfi

Deutsch-
Französisches
Institut

Impressum

Welche Zukunft für den Oberrhein ?
Die Erwartungen der Akteure und Bürger

ISSN 1619 - 8441

Herausgeber:

dfi Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D - 71634 Ludwigsburg

FEFA Fondation Entente Franco-Allemande
1, rue Saint-Léon
F - 67000 Strasbourg

© Deutsch-Französisches Institut,
Fondation Entente Franco-Allemande, 2007

Inhaltsverzeichnis

Vorworte

André Bord	6
Dr. Sven von Ungern-Sternberg	8
Urs Wüthrich-Pelloli	10
Adrien Zeller	12

Beiträge

Alexis Lehmann Grenzüberschreitende Zusammenarbeit aus elsässischer Sicht	14
Dr. Wolfram Vogel Zukunft Oberrhein im erweiterten Europa Eine Erhebung zu Erfahrungswerten und Zukunftsaussichten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	21
Meinungsumfrage TNS SOFRES zur Zukunft des Oberrheinraumes aus Sicht der ansässigen Deutschen, Franzosen und Schweizer	34
Statistische Daten und Grafiken	41

Vorwort

Das Projekt der Europäischen Union durchläuft eine entscheidende Phase, die über seine Zukunft entscheiden wird. Die Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa in der Folge des Falls der Berliner Mauer hat die innere Dynamik der Union tief greifend verändert. Es ist unverzichtbar, die Formen der Zusammenarbeit anzupassen und das europäische Projekt in einer dynamischen, zunehmend globalisierten Welt neu zu definieren.

Wir brauchen einen neuen Elan, um das politische Projekt Europa zu beleben, das seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein Garant für Frieden und wirtschaftliches und soziales Wachstum gewesen ist. Die Frage ist, ob das deutsch-französische Tandem, dessen Existenz gleichbedeutend mit Fortschritt in Europa war, diese Rolle in der neuen Situation Europas noch spielen kann. Es ist unstrittig, dass Deutschland und Frankreich in einem Europa mit 27 Mitgliedstaaten die großen Projekte Europas nicht alleine voranbringen können. Es bleibt aber auch unbestritten, dass ohne Deutschland und Frankreich und ohne eine deutsch-französische Verständigung wenig vorankommen wird und die großen Projekte nicht verwirklicht werden können, ob dies nun allen gefällt oder nicht. Es gibt heute keine glaubhafte Alternative zu einem neuen Schwung, der von Deutschland und Frankreich ausgehen muss.

Die Besonderheit der deutsch-französischen Zusammenarbeit ist die Dichte des Netzes, das die Kooperation trägt. Auf diese Breite und Vielfalt von deutsch-französischen Strukturen kann eine neue Initiative aufbauen. Die enge politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Verflechtung ist auf allen Ebenen eine Realität, von der lokalen bis zur nationalen Ebene. Die wechselseitige Abhängigkeit ist jedoch dort besonders groß, wo die Länder an einer langen gemeinsamen Grenze zusammen kommen, in einer Gegend, deren Geschichte schmerzhaft und tragisch war, die aber auch Symbol der Annäherung und Verständigung zwischen den Völkern ist. In diesem geographischen Raum, der von den Kantonen der benachbarten Nordwestschweiz über den Elsass und Baden bis in die Südpfalz reicht, sind sich die Bürger gleich welcher Nationalität bewusst, dass eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit unverzichtbar ist. Hier, im Herzen Europas, wird die europäische Einigung mit Händen greifbar.

Die Fondation Entente Franco-Allemande hat das Meinungsforschungsinstitut TNS-Sofres mit einer repräsentativen Umfrage bei den Bürgern dieses Raumes beauftragt, einschließlich des Saarlands, des Departement Moselle und der Nordschweiz. Die Ergebnisse der Umfrage sprechen eine klare Sprache: eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wünscht eine Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Auch die Erwartungen sind eindeutig: Verbesserung der Zweisprachigkeit, Verbesserung der Infrastruktur (Schiene und Straße) sowie die Aufstellung eines gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklungsplans. Auf regionaler Ebene und vor allem entlang der ehemals trennenden Grenzen werden die Bürger und die politisch Verantwortlichen über ihre Zukunft entscheiden müssen.

Diese Grenzregionen sind die eigentlichen Laboratorien Europas, da die Grenzen, insbesondere die der Güter, Personen und zu einem Großteil auch der Währungen, nicht mehr bestehen. Es bleiben nur noch einige administrative und steuerliche Hürden, vor allem aber die „mentalen“ Grenzen bestehen, die wir dauerhaft überwinden müssen. Die Bevölkerung in den Grenzregionen muss zu einer gemeinsamen Identität und zu einem neuen Zugehörigkeitsgefühl in einem weiter verstandenen Raum gelangen.

Was für den Raum entlang des Rheins zutrifft gilt auch für ganz Europa, angefangen bei Frankreich und Deutschland mit all jenen Staaten, die sich diesen beiden Ländern anschließen möchten in ihrem Streben nach einem politischen Projekt Europa. Die Zeit ist reif für eine neue Phase der Zusammenarbeit in der Europäischen Union.

Die Beiträge in unserer Publikation zeugen von dem Willen der öffentlichen und privaten Akteure, zusammen für die gemeinsame Zukunft in einem zusammen gehörigen Raum Verantwortung zu übernehmen. Staat und Organisationen der Zivilgesellschaft haben dieselbe Aufgabe: den Bürgern Gehör zu schenken. Die Fondation Entente Franco-Allemande nimmt diese Verantwortung ernst.

André Bord

Fondation Entente Franco-Allemande
Präsident

Vorwort

Als Gastgeber des 10. Dreiländer-Kongresses „Zukunft Oberrhein im erweiterten Europa“ am 9. Februar 2006 war es eines meiner Anliegen, eine empirische Untersuchung des Standes der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein durchführen zu lassen. Denn ein solcher Zukunftskongress kann nur dann die richtigen strategischen Impulse für die Weiterentwicklung setzen, wenn der „status quo“ realistisch beurteilt wird. Bei dieser Umfrage sollte erstmals erhoben werden, wie der Stand der grenzüberschreitenden Kooperation bei den wesentlichen Akteuren aus Staat, Verwaltung und Unternehmen, Verbänden sowie Bildungseinrichtungen bewertet wird.

Ich danke dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg, insbesondere seinem Direktor Prof. Dr. Baasner und Herrn Dr. Vogel, der die Untersuchung koordiniert hat, dass er diese Untersuchung durchgeführt und zur Transparenz der Befindlichkeit in unserer oberrheinischen Grenzregion wesentlich beigetragen hat.

Die Untersuchungsergebnisse unterstreichen, dass die Oberrhein-Zusammenarbeit zwar schon manche Errungenschaften und Fortschritte erzielt hat, dass sie jedoch andererseits immer wieder überprüft und neu ausgerichtet werden muss. Den Handlungsbedarf haben die Akteure des 10. Dreiländer-Kongresses in ihrer gemeinsamen Erklärung aufgegriffen und definiert. Im Ergebnis soll der Oberrhein sich international neu profilieren und positionieren als grenzüberschreitender Wirtschafts-, Forschungs- und Bildungsraum sowie als trinationale Tourismusdestination – dies auch gegenüber den neuen EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa.

Die Unterzeichner der gemeinsamen Erklärung des Dreiländer-Kongresses haben auch fünf Schlüsselprojekte definiert, deren Umsetzung unmittelbar nach dem Kongress begonnen wurde: Die Erarbeitung eines Leitbildes für den Oberrhein für die neue EU-Förderperiode 2007 - 2013, die Einrichtung eines gemeinsamen Kooperationsfonds, dem auch private Mittel zu Seite gestellt werden können, die Entwicklung eines Dachmarketings Oberrhein, die Entwicklung und Stärkung eines Hochschul- und Forschungsverbundes Oberrhein und schließlich die Schaffung eines Kooperationsnetzwerkes mit den neuen EU-Staaten.

Heute, am Ende des Jahres 2006, sind schon wichtige Zwischenergebnisse bei der Umsetzung dieser Schlüsselprojekte erreicht. Sie fließen sowohl bei der Erarbeitung des neuen EU-Förderprogramms zur territorialen Zusammenarbeit (INTERREG IV) ein, wie in die Arbeit der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Oberrheinkonferenz (ORK) und ihrer Arbeitsgruppen. In der ORK ist es bereits gelungen, einen Konsens über die Positionierung des Oberrheins als modellhafte europäische Metropolregion zu erzielen und hierfür einen Kooperationsfonds aufzulegen.

Der Drei-Länder-Kongress war auch ein Aufbruchsignal an die nicht-staatlichen Akteure am Oberrhein. Auch sie haben begonnen, sich im Rahmen der Diskussion um die europäische Metropolregion enger zusammen zu schließen und zu formieren. Dies gilt sowohl für die Wirtschaftsorganisationen wie für die kommunalen Gebietskörperschaften einschließlich der Eurodistrikte, aber auch für die Hochschulen, insbesondere dem Universitätsverbund EUCOR.

Es ist meine feste Überzeugung, dass nur durch die Bündelung der Potenziale, durch wenige aber schlagkräftige Kooperationsstrukturen, die über gemeinsam legitimierte Sprecher verfügen, der Oberrhein im Inneren und nach außen den europäischen und globalen Standortwettbewerb bestehen kann. Das innere Zusammenwachsen und die Ausstrahlung nach außen stehen dabei in einer Wechselbeziehung. Hervorragende Leistungen in Forschung und Entwicklung, in Bildung und Ausbildung, besonders auch der sprachlichen und interkulturellen Kompetenz, sind dafür der Schlüssel.

Letztlich ist unser gemeinsames Ziel die Verbesserung der Lebensqualität für die Menschen in unserer schönen trinationalen Region am Oberrhein. Durch eine Verstärkung der Kooperations- und Beratungsnetze soll bei ihnen die Öffnung der Grenzen in Europa in positiver Weise fruchtbar werden. Der Oberrhein soll eine wirtschaftlich prosperierende, weiterhin lebens- und liebenswerte Region im Herzen Europas bleiben. Er soll aber auch seine Rolle als Modellregion europäischer Möglichkeiten rund um die Europahauptstadt Straßburg noch stärker ausfüllen. Dazu brauchen wir eine möglichst breite Akzeptanz und Unterstützung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Möge diese Publikation hierzu ihren Beitrag leisten!

Dr. Sven von Ungern-Sternberg

Regierungspräsident des Regierungsbezirks Freiburg, Leiter der deutschen Delegation in der D-F-CH Oberrheinkonferenz

Vorwort

Umfragen bei der Bevölkerung und bei Akteuren der europäischen Integration sind nicht Selbstzweck, sondern dienen dazu, die bisherigen Maßnahmen zu bewerten und die zukünftigen Bedürfnisse festzulegen. Das deutsch-französisch-schweizerische Oberrheingebiet als gemeinsamer Lebens- und Wirtschaftsraum bietet sich geradezu an für eine solche Erhebung. Mehr als 90.000 Grenzgänger legen den Grundstein für einen gemeinsamen Arbeitsmarkt und der Wirtschaftsraum Oberrhein weist einen hohen Integrationsgrad auf. Die geographische Einheit und der gemeinsame historische und kulturelle Hintergrund schaffen trotz der Zweisprachigkeit den optimalen Rahmen für einen gemeinsamen Lebensraum.

Erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit lässt sich insbesondere an konkreten Projekten und Ergebnissen messen. Im Rahmen der Förderinitiative INTERREG der EU und der Schweizerischen Eidgenossenschaft konnten am Oberrhein seit 1993 mehr als 300 grenzüberschreitende Projekte realisiert werden. Die Mehrzahl davon bringt einen direkten Nutzen und Mehrwert für die trinationale Bevölkerung am Oberrhein. Als Beispiele können hier genannt werden: INFOBEST – Informations- und Beratungsstellen für grenzüberschreitende Fragen, Oberrheinschulbuch, Museums-Pass Oberrhein, Tourismus-Portal zur RegioTriRhena, bi- und trinationale Studiengänge, die Realisierung von neuen Brücken über den Rhein und das Informationsportal zur Luftqualität am Oberrhein.

Von großem Interesse für eine intensiviertere und verbesserte Kooperation sind Aussagen über die Bedürfnisse der Bevölkerung und über die Zukunftsperspektiven. Gemäß dem Motto „structure follows function“ sind solche Erkenntnisse auch maßgebend für den Aufbau und die Prozesse der grenzüberschreitenden Institutionen am Oberrhein. Die deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz leistet gemäss der Basler Vereinbarung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Raum Oberrhein vom 21. September 2000 „einen Beitrag zur Verwirklichung eines bürgernahen Europas“. Eine solche Bürgernähe zeichnet sich, was die vorliegenden Umfragergebnisse auch bestätigen, vor allem auch aus durch die Förderung der Mehrsprachigkeit, durch möglichst dezentrale und einfache Strukturen sowie durch aktuelle und konkrete Themen.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein misst sich seit mehr als vierzig Jahren an diesen Kriterien und wird diese auch zukünftig bei der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit berücksichtigen.

Regierungspräsident Urs Wüthrich-Pelloli

Vorsteher der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
des Kantons Basel-Landschaft
Leiter der Schweizer Delegation und
Präsident der Oberrheinkonferenz

Vorwort

Gemeinsam werden wir stärker sein

Die Themen der Dreiländerkongresse, die seit 1983 aufeinander gefolgt sind (Themen: Universitäten, Transport, Kultur, Umwelt, Bürger sein am Oberrhein, Lerne die Sprache des Nachbarn), bilden die Grundlage der heutigen trinationalen Zusammenarbeit. Dies betrifft die gegenseitige Kenntnis ebenso wie gemeinsame anspruchsvolle Projekte.

Der 10. Kongress in Freiburg hat die neuen Herausforderungen in einem zunehmend globalisierten Umfeld aufgegriffen. Dabei hat sich die Parole „Gemeinsam stärker sein“ als richtig erwiesen.

Die Analysen und Umfragen haben gezeigt, dass sich die Bevölkerung und die Akteure der Zivilgesellschaft der Bedeutung der Zusammenarbeit bewusst sind. Es ergibt sich aus den Umfragen zudem die Erkenntnis, dass nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit in Schlüsselgebieten sowohl das ökonomische Gewicht als auch die Lebensqualität in einer geschützten Umwelt erhalten werden können.

Der 11. Dreiländerkongress wird im Oktober 2007 von der Region Alsace in Straßburg ausgerichtet. Ihm fällt die verantwortungsvolle Aufgabe zu, Projekte vorzuschlagen, die sich in die in Freiburg gemeinsam beschlossene Strategie einfügen.

Zu den unbestrittenen Schwerpunkten gehören die Hochschulausbildungen, die Forschungen und der Technologietransfer, die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, die Tourismusindustrie Das allgemeine Prinzip, das unser Handeln leitet, ist: „Gemeinsam werden wir stärker sein“.

Die gemeinsame Strategie, so wie sie im operativen Programm im Vorfeld des Programms „Territoriale Kooperation in Europa“, auch INTERREG IV genannt, festgelegt wurde, wird unsere zukünftige Zusammenarbeit leiten.

Die neue institutionelle Architektur der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird unser gemeinsames Handeln stärken und effizienter machen.

Vor diesem Hintergrund bildet das neue Konzept einer europäischen Metropolregion eine angemessene Grundlage, um den Entwicklungsbedingungen einer trinationalen Region entgegenzukommen, die ein Netz-

werk von Städten umfasst, die gemeinsam Aufgaben und Dienstleistungen in europäischer oder sogar globaler Dimension anbieten.

Die Vertreter der Politik, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft (das zeigen die Umfragen) sind heute alle bereit, die Verwirklichung einer trinationalen europäischen Metropolregion voranzutreiben.

Die ungleiche Entwicklung zwischen den schnell und unkontrolliert wachsenden Städten und den ländlichen Gebieten, auf die sich die städtische Entwicklung positiv oder negativ auswirken können, erfordert neue Formen der Zusammenarbeit. Auch dieser Aspekt der zukünftigen regionalen Entwicklung kann im Konzept der trinationalen europäischen Metropolregion berücksichtigt werden. Dies sind die vor uns liegenden Herausforderungen.

Adrien Zeller

Präsident des Regionalrats der Région Alsace

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit aus elsässischer Sicht

Die Stiftung Fondation Entente Franco-Allemande (FEFA) und das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg (dfi) haben in der Absicht, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit neuen Impulsen zu beleben, zwei bedeutende Projekte realisiert. Zunächst wurden im Jahre 2005 die vielen unterschiedlichen Organisationen und Institutionen, die sich auf allen nur erdenklichen Ebenen mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit befassen, in einem analytischen Überblick vorgestellt. In einem zweiten Schritt wurden die etwa 6 Millionen Bürger dieses großen Raums entlang der deutsch-französischen Grenze, von Basel über Baden und den Elsaß bis in die Südpfalz, in einer Meinungsumfrage befragt. Mit dieser repräsentativen Umfrage wurde TNS-Sofres im Dezember 2005 beauftragt.

Die Ergebnisse dieser beiden wichtigen Untersuchungen lassen erkennen, wie komplex und oft mühsam die trinationale Zusammenarbeit ist.

Es fehlt sicher auf keiner der beteiligten Seiten am guten Willen und **die Gründe für gemeinsames Handeln scheinen evident**, auch wenn die großen Linien bisweilen durch die Vielzahl kleiner Initiativen und punktueller Fortschritte verdeckt wird.

Zurecht hat sich die FEFA die provokante Frage gestellt, ob das alles nicht Überreste einer Vergangenheit sind, bei denen es um gut gemeinte Fortschreibung von Versöhnungsritualen in einem von zahlreichen Kriegen erschütterten geographischen Raum geht. Oder kann man heute wirklich noch mit Recht sagen, dass **die Idee einer informellen Union zwischen den Bevölkerungen** entlang eines ehemaligen Grenzflusses bei den Menschen, und vor allem bei den Jugendlichen, lebendig geblieben ist?

Die Antwort auf diese Frage ist mit erstaunlicher Klarheit und großer Überzeugungskraft gegeben worden. Die Bürger erwarten nicht nur, dass der erreichte Zustand bewahrt wird, sondern fordern weitere entscheidende Schritte. Die Bevölkerung hat sich wieder einmal im Hinblick auf ihre Zukunftschancen als sehr hellichtig erwiesen. Die drei Teilregionen, die alle jeweils am Rand ihres eigenen Landes liegen, müssen ihre Kräfte bündeln, um in der Situation des globalen Wettbewerbs nicht marginalisiert und alleine gelassen zu werden.

In dem gesamten Gebiet entlang der deutsch-französischen Grenze glauben 35% der Bevölkerung, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit heute gut funktioniert, aber 54% fordern eine Intensivierung der Kooperation. Insgesamt sind also fast 90% der Bürger von der Nützlichkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit überzeugt und fordern ihre Ausweitung. Diese eindeutige, geradezu plebiszitäre Meinungsäußerung muss Gehör finden.

Die ökonomische Grundlage dieser Forderung der Bürger ist die Angst vor der Arbeitslosigkeit und, damit einhergehend, die unsichere Finanzierung der Renten. Um diese Ängste zu lindern, fordern die Bürger eine starke Initiative zugunsten der Zweisprachigkeit, die Erstellung eines gemeinsamen, trinationalen Plans zur wirtschaftlichen Entwicklung und eine gemeinsame Verwaltung von Angebot und Nachfrage an Arbeitsplätzen.

Wem trauen sie eine solche transnationale Strategie zu? Bemerkenswerterweise, aber das ist keine wirkliche Überraschung, vertraut man nur wenig den regionalen Politikern, und schon gar nicht den national Verantwortlichen. Großes Vertrauen hingegen, und das ist in dieser Deutlichkeit schon eine Überraschung, setzen die Bürger in die Zusammenarbeit selbst, die von unzähligen Individuen, den Vereinen und Unternehmen organisiert und getragen wird.

Diese skeptische Haltung gegenüber Politikern, die unbestreitbar viel zugunsten einer größeren Effizienz und besseren Sichtbarkeit ihres Handelns unternommen haben, ist erstaunlich.

Aus Sicht des Elsaß und vor dem Hintergrund meiner eigenen Erfahrung in der Wirtschaft, und zwar in drei großen Unternehmen, deren Sitz damals noch im Elsaß war, würde ich die Situation folgendermaßen deuten.

Wenn die politisch Verantwortlichen auf höchstem trinationalem Niveau zusammen arbeiten, tun sie dies mit der Zielsetzung, große sichtbare Projekte zu realisieren und nicht einen Haufen von zwar nützlichen, aber nicht sichtbaren Kleinprojekten, die zudem wenig Struktur bildend wirken und die nicht als Symbol für eine neue Qualität der Zusammenarbeit gelten können.

Die Großprojekte, die nicht verwirklicht wurden, gehören alle in den Bereich der Logistik bzw. der Infrastruktur und beziehen sich auf den Transport und eignen sich daher eigentlich sehr gut, um **die territoriale Einheit** sowie die Mobilität und Vermischung der Bevölkerung in diesem Raum zu unterstreichen:

1. Der Flughafen von Roeschwoog
2. Der Rhein-Rhône Kanal
3. Die Straßen- und Autobahnverbindungen
4. Die Eisenbahnverbindungen

Angesichts der Tatsache, dass die Region am Oberrhein keine Metro-pole hat, die automatisch die gesamte Region strukturieren könnte, käme einer großen Flughafenplattform mit europäischem und eventuell inter-kontinentalem Anspruch große Bedeutung zu. Ein solcher Flughafen hätte vor allem der Europastadt Strasbourg und den dort angesiedelten Institu-tionen mehr als gut getan.

Die zweite Großinvestition, die noch größere und garantierte wirt-schaftliche, ökologische und unschätzbare touristische Folgen gehabt hätte, wäre die Schaffung eines großen Rhein-Rhône-Kanals gewesen, der Mittelmeer und Nordsee verbinden und ein Netz bis hin zu den Städ-ten Russlands schaffen könnte, da das Kanalnetz in Nordeuropa sehr gut entwickelt ist. Schwimmende Lagerhallen, Gefahrguttransport per Was-ser, aber auch ein touristisch nutzbares Netz von Wasserstraßen – man kann sich die immense, geographisch zentrale Bedeutung eines solchen Vorhabens kaum vorstellen. Der Nutzen für die gesamte Region wäre unvorstellbar gewesen. Der „Grenzfluss“ wäre zur zentralen Verkehrsachse geworden. Aber dieser Traum ist wohl ausgeträumt....

Ich halte mich nicht lange bei den Jahrzehnten auf, die es gedauert hat, bis wir zwischen Wissembourg und Basel eine Art Autobahnverbin-dung hinbekommen haben, ebenso wenig bei der Langsamkeit der Stadt-umgehungsprojekte in Strasbourg – ich möchte nur festhalten, dass bei den grenzüberschreitenden Straßenverbindungen kein nennenswerter Fortschritt erreicht wurde. Die neue Brücke Pierre Pflimlin hatte es ver-dient, besser mit dem deutschen und französischen Autobahnnetz ver-bunden zu werden.

Allerdings scheint es mir, nebenbei bemerkt, höchst bedauerlich, dass man momentan im Elsaß alles versucht, um den Verkehr in Nord-Süd und in Süd-Nord Richtung durch Maut und Steuern endgültig zu vertreiben und damit den großen Vorteil ungenutzt zu lassen, auf einer **strategisch sehr bedeutsamen Verkehrsachse** zu liegen. Wir wollen unbedingt die lästigen Folgen der Autobahnen loswerden, die nur deshalb lästig sind, weil wir es aus Mangel an Weitsicht versäumt haben, für gute Kanalisie-rung der Verkehrsströme zu sorgen.

Keine Flugzeuge, keine Schiffe, keine Lastwagen, aber vielleicht wenigstens Züge. Nun ist er also endlich gekommen, dieser TGV, auch wenn er nicht überall sehr schnell fährt, wie sein Name es eigentlich nahe legt. Die Schnellbahntrasse ist mit den Regionalzügen sehr gut vernetzt. Er ist an ein sehr gutes TER-Netz angebunden, aber bislang handelt es sich um ein französisches Netz ohne Anbindung an Deutschland und die restlichen EU-Länder.

Zusammengefasst muss man festhalten, dass die kleine, am Rande der Republik Frankreich gelegene Region Elsaß keine klugen Investitionen getätigt hat, um sich, wie es durchaus möglich gewesen wäre, an einem unumgehbaren Knotenpunkt in Europa zu positionieren.

Welche Möglichkeiten haben wir heute, um diese Fehler zu korrigieren und um mit friedlichen Mitteln das Gewicht und die Attraktivität zu erlangen, die wir für die Gestaltung einer angemessenen Zukunft benötigen?

Warum sage ich „friedliche Mittel“? Weil im Elsaß stets eine uralte und spezielle Entwicklungsphilosophie vorgeherrscht hat. Die Region Elsaß ist seit den Römern und selbst davor immer als eine Nische betrachtet worden, ganz gleich ob die Wirtschaft von der Landwirtschaft oder der Industrie beherrscht wurde. Zudem liegt die Region mitten im Herzen Europas. Das elsässische Entwicklungsmodell funktionierte bisher so: Anziehung, Einwanderung, Zerstörung, Wiederaufbau. Dieses Modell ist in der Geschichte unserer Region leider zu oft angewendet worden und niemand möchte sich heute vorstellen müssen, dass noch mal ein solches Szenario entsteht.

Auch die Konzeption von Reichtum hat sich mit der Zeit verändert. Die Jagd, die Fischerei, die Waldwirtschaft und die landwirtschaftliche Mischnutzung sind heute für das Bruttosozialprodukt nicht mehr von ausschlaggebender Bedeutung. Aber es sind immer noch positive Aspekte der regionalen Möglichkeiten, die wir in Rechnung stellen müssen. Heute sieht der Reichtum anders aus: Investitionen, Arbeitskräfte im Hinblick auf Qualität und Quantität, Erreichbarkeit, verfügbares Bauland, B.I.P. der Bürger, Forschung und Innovation, Attraktionen, dynamische Demographie usw.

Wie können wir uns in einem Horizont von 10 oder 20 Jahren positionieren?

Dieser Frage gehen wir in einer „Club de prospective“ Reflexionsgruppe nach, die unter dem Namen „RHEIN 2020“ im Umfeld der Fondation Entente Franco-Allemande eingerichtet wurde. Die Beantwortung der Frage ist sicher nicht leicht, aber ein paar einfache Wahrheiten kann man doch festhalten.

Die geopolitischen Rahmenbedingungen haben sich total verändert. Erinnern wir uns auch daran, dass die Region Elsaß im Laufe von 20 Jahrhunderten nur 200 Jahre lang zu Frankreich gehörte.

Heute, nach dem Fall der Berliner Mauer und der Osterweiterung der EU können wir sagen, dass unsere Region wieder einmal auf ihrem Sockel stark erschüttert wird. Es ist sogar vorstellbar, dass sie dieses Mal entgegen aller bisherigen Erfahrungen an den Rand gedrängt und schlicht vergessen wird.

Im Moment ist Elsaß (noch) wie eine Insel mit demographischem Wachstum und zunehmender Bevölkerung inmitten einer deutschen, schweizerischen und französischen Umgebung mit Geburtenrückgang, Alterung und Abwanderung.

Diese Situation erklärt sich dadurch, dass die Erwerbsquote der Frauen bei uns noch relativ niedrig ist, die Geburtenraten ungebrochen hoch sind und die wirtschaftliche Entwicklung bis 2000 gut war und somit viele junge Menschen auf der Suche nach Arbeit ins Elsaß gekommen sind.

Die Prognosen sagen, dass wir bis 2030 mit einer insgesamt positiven Tendenz zu rechnen haben; was angesichts der Überalterung bemerkenswert und höchst willkommen wäre.

Damit dies wirklich eintritt, müssen wir Reichtum bewahren um Arbeitsplätze zu schaffen auch im Blick auf unsere Jugendlichen.

Sehen wir den Tatsachen ins Auge: Wenn es im Elsass trotz der nicht erfolgten Infrastrukturinvestitionen gelungen ist, wirtschaftlich, sozial und demographisch eine dynamische Region zu bleiben, dann verdanken wir dies der Qualität und der Diszipliniertheit unserer Arbeiter, vor allem aber auch den ausländischen Investitionen, die Arbeit vor Ort geschaffen haben, sowie schließlich dem „Verleih“ von 70.000 elsässischen Arbeitnehmern, die als

Grenzgänger Arbeit in Deutschland und der Schweiz gefunden haben.

Sollten die Investitionen oder die Nachfrage an elsässischen Arbeitskräften seitens unserer deutschen und schweizerischen Nachbarn nachlassen, hätte dies dramatische Folgen für die Wirtschaft in unserer Region.

Mit 8,8% hat das Elsaß die höchste Arbeitslosenquote in der Region entlang des Rheins (Baden 6%, Pfalz 7,3%, Nordschweiz 3,7%). Ohne die Grenzgänger läge unsere Arbeitslosenquote bei mehr als 15%! **Diese Katastrophe mag sich niemand ausmalen, aber wir gehen hier ein wirkliches Risiko ein, wenn nicht konsequent in die Zweisprachigkeit der Bevölkerung investiert wird.**

Was ist zu tun?

- Eine **gemeinsame trinationale** Organisation schaffen
- Für die gesamte Region **ein makroökonomisches und soziales Entwicklungsprojekt** formulieren, das auf den Stärken und Schwächen der Region aufbaut. Dabei darf es sich nicht bloß um regelmäßige Treffen handeln, sondern um eine permanente Organisation, **die mit hauptamtlichen Mitarbeitern aus allen drei Ländern besetzt ist.**
- Die Bürger müssen stärker beteiligt werden, damit bei ihnen das Zugehörigkeitsgefühl zu diesem « kleinen Europa entlang des Rheins » gestärkt wird, das wir gemeinsam darstellen.
- Es müssen konkrete Projekte in folgenden Bereichen definiert und hierarchisiert werden:
 - Innovation
 - Export
 - Forschung
 - Unterricht
 - Tourismus
 - Infrastruktur
 - Gesundheit
 - Ökologie und Umweltschutz
 - Wettbewerbspole
 - Lobbying bei der EU-Kommission
- Eine gemeinsame Planung erstellen

Die Analyse ist klar, die Erwartungen der Bevölkerungen sind groß, und auch die politischen Verantwortungsträger sind sich darin einig, dass jede Teilregion für sich genommen wenig oder keine Chancen hat, sich gut zu entwickeln.

Was darf man erwarten?

Es reicht meines Erachtens nicht aus, sich mit Hinweis auf die politischen, bürokratischen oder währungsbezogenen Unterschiede vor aktivem Handeln zu drücken. Oft sind das nur vorgeschobene Probleme. Ein gemeinsamer politischer Wille und ein massives Engagement der Bürger (das in unserem Fall gegeben ist) sind wichtige Stützen für gemeinsames Handeln.

Jede bedeutende strukturelle Investition (Flughafen, Brücken, Straßen, Eisenbahn), jede Investition in Forschung, die nachhaltige Entwicklung, jede strategische (Wettbewerbspole) oder geographisch weit reichende Aktion (Export oder sanfter Tourismus) muss gemeinsam diskutiert und gemeinsam, zumindest aber mit dem Blick auf mögliche Synergien realisiert werden.

Die Zukunft unserer Kinder steht auf dem Spiel. Bauen wir sie gemeinsam!

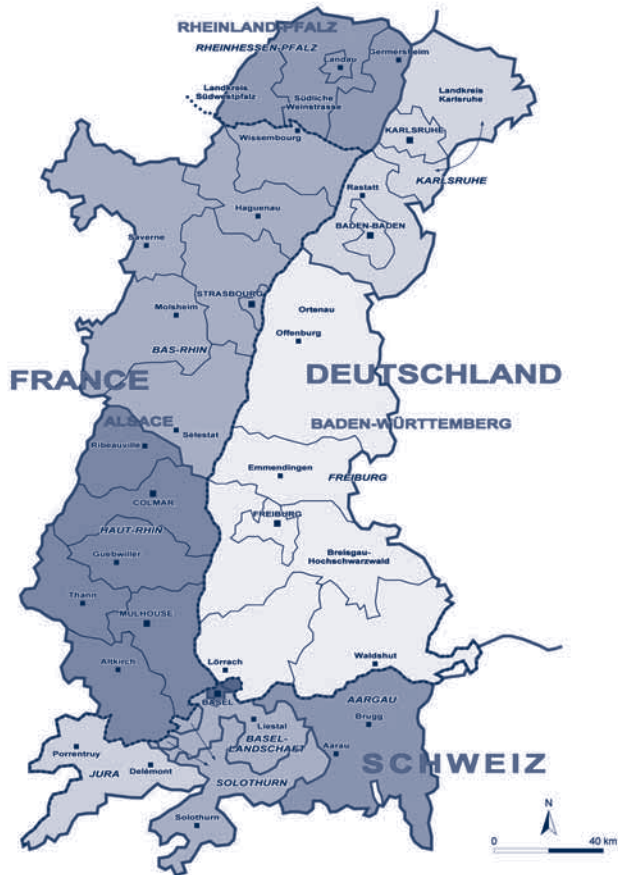
Alexis Lehmann

Club de Prospective RHIN 2020 de la
Fondation Entente Franco-Allemande

Zukunft Oberrhein im erweiterten Europa

Eine Erhebung zu Erfahrungswerten und Zukunftsaussichten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Wolfram Vogel



Motivation und Ausgangslage¹

Häufig wird beklagt, dass es an empirisch gesicherten und verwertbaren Erkenntnissen über die Qualität, die Strukturen und den Ertrag grenzüberschreitender Zusammenarbeit am Oberrhein fehle. Seit über dreißig Jahren wird grenzübergreifende Zusammenarbeit am Oberrhein praktiziert und hat im Laufe der Jahre zur Schaffung zahlreicher Institutionen und Verbände geführt, die sich offiziell der Grenzkooperation angenommen haben. Doch scheint nach drei Jahrzehnten ein gewisses Unbehagen über Sinn und Zweck der Angelegenheit eingetreten zu sein: **Noch immer wird grenzüberschreitenden Kooperationen a priori einen Mehrwert eingeräumt, doch ist der eigentliche Mehrwert wenig bekannt, weil er für die meisten Bürger wenig erkennbar bleibt.** Die Vielzahl und teilweise Überlappung von Institutionen, die sich am Oberrhein entwickelt haben, haben weder die grenzüberschreitende Zusammenarbeit noch ihre direkten Wirkungen sichtbar gemacht.

Das Deutsch-Französische Institut (dfi) wurde daher mit der Durchführung einer Umfrage bei ausgewählten Akteuren des Oberrheinraumes beauftragt. Im Blick auf den 10. Dreiländerkongress am 9.2.2006 „Zukunft Oberrhein im erweiterten Europa“ sollten Erkenntnisse zusammengetragen werden, die aus den verschiedenen Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hervorgehen. Ziel der Erhebung war es, Aussagen über den *acquis* grenzüberschreitender Zusammenarbeit zu erhalten, Kooperationsprobleme in den unterschiedlichsten Bereichen zu identifizieren und vor allem Pisten für die zukünftige Entwicklung der Oberrheinregion im Kontext der EU-25 zu liefern.

Entwickelt wurde ein aus vier Teilen bestehender Fragebogen:

1. Die Bewertung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein;
2. Die Wirkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vor Ort;
3. Die Wirkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im EU-Kontext sowie
4. Die Zukunftsperspektiven des Oberrheinraums.

Die Fragen waren zunächst bewusst allgemein gehalten, verlangten jedoch in Teil 1-3 konkrete Angaben über die individuellen Erfahrungen, die in bi- oder trilateralen Projekten gemacht wurden. Der Begriff der

¹ Ich danke Dominik Grillmayer, Nuria Kürten und Pauline Philizot für ihre wertvolle Unterstützung bei der Auswertung der Umfrage und der Erstellung der Graphiken.

Kooperation wurde dabei breit angelegt: er meint sowohl die formelle Zusammenarbeit mit konkretem Projektbezug innerhalb oder außerhalb bestehender Institutionen, als auch die informelle Zusammenarbeit ohne konkreten Projektbezug (networking, Kontaktpflege etc.). Teil 4 enthielt Fragen, die unabhängig vom individuellen Arbeitskontext allgemeine Aussagen zur Zukunftsentwicklung des Oberrheinraums verlangten. Paradoerweise fielen die „weiß-nicht-Antworten“ in diesem Teil geringer aus als im eigenen Arbeits- und Projektbereich.

Wer wurde befragt?

Insgesamt wurden 833 Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den jeweiligen Teilräumen Deutschlands (Regionen Mittlerer und Südlicher Oberrhein, Landkreis Waldshut, Südpfalz), Frankreichs (Région Alsace mit Département du Haut-Rhin et du Bas-Rhin) und der Schweiz (Kantone Basel-Stadt und Basel-Land, Aargau, Jura und Solothurn) befragt. Entsprechend dem demographischen Gewicht wurden mehr Fragebögen an deutsche (287) und französische (313) Adressaten versandt als an Schweizer (233). Ausgewählt wurden sie anhand mehrerer Datenbanken von der Région Alsace, der Regio Basiliensis, der Oberrheinkonferenz sowie des Deutsch-Französischen Instituts. Bei der Auswahl wurde darauf geachtet, eine annähernd repräsentative Verteilung der verschiedenen Sektoren zu gewährleisten: Etwa 40% der Fragebögen wurden an staatliche Stellen versandt, da **Staat und Verwaltung nach wie vor Schlüsselakteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein** sind. Ca. 60% gingen an die Zivilgesellschaft im weitesten Sinne, unterteilt in Wirtschaft/Unternehmen (17%), Verbände (17%), Kommunen (14%), Bildungseinrichtungen (7%) und Privatpersonen (4%). Unter „Staat/Verwaltung“ fallen nicht nur die Ministerien und die Verwaltungen der Gebietskörperschaften, sondern beispielsweise auch die zahlreichen „Zweigstellen“ des französischen Staates in der Region, z.B. die „Direction régionale du travail, de l’emploi et de la formation professionnelle“ oder die „Direction régionale de l’équipement“ usw. Unter Verbände wurden alle nach dem Karlsruher Übereinkommen von 1997 gegründeten Zweckgemeinschaften subsumiert, die Regionalverbände (z.B. Hochrhein-Bodensee oder Kantonaler Solothurnischer Gewerbeverband), die Kammern sowie die verschiedensten Associations. Die Bil-

derungseinrichtungen umfassten neben ausgewählten Universitäten und Pädagogischen Hochschulen auch Volkshochschulen und Schulen.

Der Rücklauf

Die Gesamtrücklaufquote beträgt 25,3%, wobei ein Drittel der Antworten aus Deutschland stammt, ein Viertel aus der Schweiz und 18% aus Frankreich. Die Bildungseinrichtungen waren am antwortfreudigsten, gefolgt von den staatlichen Akteuren. Vorsicht ist jedoch beim Vergleich bzw. der Aussagekraft des Vergleichs geboten, wenn man die absolute Zahl der eingegangenen Antworten berücksichtigt [Grafik 1].

Die Auswertung erfolgte dreidimensional: (1) nach Ländern, (2) nach Sektoren, sowie (3) kombiniert nach Ländern und Sektoren. Der allgemeine Ländervergleich wurde bei eher übergeordneten Einzelfragen unternommen [Beispiel: Grafik 8]. Insbesondere in der Bewertung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach bestimmten Kriterien wird nach dem Überblick [Grafik 2] das jeweilige Kriterium, anhand dessen die Zusammenarbeit bewertet werden sollte, genau betrachtet [Beispiel: Grafik 3 bis 7].

Einzel- bzw. Teilräume wurden nicht gesondert ausgewertet, weil zunächst eine globale Bewertung sowie die Zukunft des gesamten Oberrheinraumes im Vordergrund stand, der sich als Gesamtregion gerade im EU-Kontext neu positionieren muss. Die Kategorie der Privatpersonen konnte für die Auswertung weggelassen werden, da von deutscher und französischer Seite keine einzige Antwort einging, von Schweizer Seite lediglich drei. Sie finden daher in der graphischen Darstellung wegen der fehlenden Vergleichbarkeit keine Berücksichtigung.

Der Rücklauf von 25% ist je nach Blickwinkel unterschiedlich zu bewerten. Politisch ließe sich leicht eine Aussage formulieren und instrumentalisieren, wonach drei Viertel aller Befragten sich weder für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit noch für die Zukunft des Oberrheinraumes interessieren. Doch ist bekannt, dass generell die Nichtbeantwortung eines Fragebogens überwiegend Gründe hat, die weniger mit dem Thema an sich zu tun haben: Zeitlicher Aufwand, knappe Antwortfrist, Umfang des Fragebogens, Erfordernis interner Absprache bzw. Fehlen derselben (oder gar: „im Posteingang hängengeblieben“). Aus sozialwissenschaftlicher Sicht genügt jedoch bei ausreichender Grundgesamtheit

(die hier gegeben ist) ein über der Zehnprozent-Marke liegender Rücklauf, um statistisch annähernd verlässliche Aussagen machen zu können. In dieser Hinsicht sind 25% eine eher hohe Rücklaufquote. Gleichwohl: Die vereinzelt auffallend hohen Quoten an „weiß nicht“-Antworten derjenigen, die den Fragebogen zurückgeschickt haben, lassen den Rückschluss zu, dass neben den genannten Ursachen auch thematische Gründe bzw. Desinteresse dazu beitragen, den Fragebogen gar nicht zu beantworten.

I. Bewertung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Global wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein von allen Akteuren aus allen Sektoren als überwiegend positiv bewertet [Grafik 2 und 8]. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die (vorausgehend zu benennenden) **Schwierigkeiten bei der Kooperation seit Jahrzehnten die gleichen sind, doch auch Veränderungen festgestellt werden können**: zu hoch gesteckte Ziele und Erwartungen, die mit einem grenzüberschreitenden Projekt verbunden sind; unterschiedliche und nicht artikulierten Interessen, die hinter dem Projekt stehen; asymmetrische Zuständigkeiten in der Verwaltung, das Fehlen eines ‚homologue‘; häufig wechselnde Ansprechpartner aufgrund von hoher Personalfuktuation (v.a. auf französischer Seite). Positiv überrascht, **dass Sprachbarriere und kulturelle Unterschiede** etwa von der Hälfte der Befragten **nicht (mehr) als entscheidend für den Kooperationserfolg** gehalten wird, was durchaus als *acquis* der Kooperation selbst gelten kann. Die Entfernung der Kooperationspartner war hauptsächlich von Schweizer Seite als negativer Faktor angeführt worden. Als wichtigste positive Einflussfaktoren wurden genannt: die persönliche Kenntnis des Partners, Interesse am gemeinsamen Projekt verbunden mit dem persönlichen Engagement sowie die politische Unterstützung.

Differenzierter fällt das Urteil aus, wenn nach verschiedenen Kategorien gefragt wird. Unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung beurteilen 26% der Verbände und ein Drittel der Unternehmen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als schlecht. Auffallend dabei ist, dass 36% der französischen Verbände und 27% der Schweizer Unternehmen diese Frage gar nicht beantworten konnten. Auffällig ist zum zweiten das Urteil deutscher und französischer Bildungseinrichtungen: über zwei Drittel beurteilen die Finanzierung als schlecht, die Schweizer hingegen überwiegend gut. Der

deutsch-französische „Gleichklang“ in diesem Bereich ist wesentlich auf die fundamentalen Unterschiede in der Struktur des Bildungswesens, seiner Universitäts- und Schulausbildung sowie Curricula zurückzuführen, sodass die Finanzierung von Kooperationen in diesem Bereich besonders schwierig erscheint [Grafik 3].

Das Verhältnis zwischen dem zeitlichen Aufwand für ein Projekt und seinen sichtbaren Ergebnissen wird von 39% der staatlichen Einrichtungen und der Verwaltung in allen drei Ländern für schlecht befunden, wobei die Schweiz mit 55% aus dem Rahmen fällt. Über ein Viertel aller Kommunen beurteilen dies ebenso [Grafik 4], wobei in den Ausführungen die oft langen und unklaren Verfahrenswege bei der Antragstellung genannt werden. Gewiss besteht auch ein Zusammenhang mit der Finanzierung, die meist erst dann gesichert ist, wenn das Projekt von A bis Z durchdacht ist und von vornherein feststeht, wie eine über das Projekt hinausgehende ‚Ergebnissicherung‘ gewährleistet werden kann, was nicht selten den Erfindungsreichtum der Antragsteller herausfordert. Der von einem Antwortenden geforderte „Mut zur pragmatischen Ungenauigkeit“ in der Anfangsphase eines Projektes ist zweifelsohne erforderlich und käme auch manch französischem Projektpartner sehr gelegen, doch entspricht dies kaum deutscher oder schweizerischer Antragslogik.

Dass der Nutzen für den Bürger von allen Akteuren als sehr hoch veranschlagt wird, verwundert wenig. Er ist primärer Rechtfertigungsgrund für grenzüberschreitende Projekte, und nur wenige haben ihn in Abrede gestellt. Hervorstechend ist jedoch die Tatsache, dass **einige Befragte nicht beurteilen konnten, ob in ihrem Kontext der Bürger von einem ihrer Projekte überhaupt einen Nutzen hat** [Grafik 6].

II. Wirkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vor Ort

„Es ist normal geworden, Probleme gemeinsam zu lösen“ – diese Aussage fand in der Gesamtschau nur in Deutschland (54%) und Frankreich (59%) eine Mehrheit, die Schweiz konnte ihr mehrheitlich nicht zustimmen (48%) [Grafik 9 und 10]. Sieht man dies als eine der Hauptwirkungen grenzüberschreitender Zusammenarbeit, so kann man vor dem Hintergrund der Zielbestimmung europäischer Integration – transnationale Kooperation als erster Schritt der Konfliktvermeidung, supranationale Entscheidungsfindung als zweiten Schritt – mit dem Ergebnis zufrieden sein.

Die überwiegende Zustimmung zu dieser Aussage mag im deutschen und französischen Fall noch vom historischen Kontext der konfliktbeladenen deutsch-französischen Geschichte und ihrem Annäherungs- und Aussöhnungsparadigma nach 1945 motiviert gewesen sein. Doch kann dies heute nicht mehr gleichermaßen als Motiv für weitere Kooperationen herhalten. Man sollte sogar vor einer normativ überhöhten Wertung Abstand nehmen, dass „nur“ die Hälfte der Befragten dieser Aussage zugestimmt hat. Dass die andere Hälfte ihr nicht zugestimmt hat, ist auf eine eher nüchterne Einschätzung zurückzuführen. Die Realität sieht, provokant formuliert, so aus: **Oft entdeckt man gleiche Probleme, jedoch keine gemeinsamen Probleme, verwechselt dies aber.** Nicht jedes Problem, das man beiderseits des Rheins als Problem identifiziert hat, bedarf einer gemeinsamen, d.h. grenzüberschreitenden Lösung. Ein Beispiel ist die grenzüberschreitende Müllbeseitigung. Sie ist sinnvoll im Südosten Frankreichs an der französisch-italienischen Grenze zwischen mehreren, nah beieinander liegenden Kommunen (darunter Menton und San Remo), die etwa dieselbe Größe haben und mit dem gemeinsamen Problem umgehen müssen, dass aufgrund ihrer topographischen Lage zu wenig Raum für die Müllentsorgung vorhanden ist. Es handelt sich somit um einen konkreten Bedarf an der grenzüberschreitenden Lösung eines Problems, von dem beide Seiten betroffen sind. Im deutsch-französischen Fall hingegen überstiegen die Kosten einer grenzüberschreitenden Regelung der Müllabfuhr klar die Kosten einer unilateralen Lösung. Es ist nicht leicht, sich von der a priori gesetzten Überzeugung frei zu machen, die grenzüberschreitende Lösung eines Problems stelle einen Mehrwert an sich dar. Ob dies von Fall zu Fall wirklich so ist, sollte stets vor Beginn eines jeden Projektes neu überprüft werden, gerade wenn es – meist zu Recht, oftmals aber auch vordergründig – mit der Etikette „bürgernah“ versehen wird.

In harschem Kontrast zur positiven Bewertung der Zusammenarbeit am Oberrhein steht die ebenso große Zustimmung (zwischen 64% und 88%) sämtlicher Akteure zu folgender Aussage: **die grenzüberschreitende Zusammenarbeit konnte nicht verdecken, dass in manchen Bereichen ein Konkurrenzverhältnis vorherrscht** [Grafik 11]. Die Aussage wurde im Fragebogen unter „Wirkung“ platziert in der Annahme, dass die jahrzehntelange Erfahrung gemeinsamer bi- und trilateraler Kooperationen das Konkurrenzverhältnis der Akteure, der Institutionen, der Teilräume sowie der Projekte im Oberrheinraum abgeschwächt hätte.

Eine Fehlannahme, die weitreichende Bedeutung für die Zukunftsperspektiven des Oberrheins und seiner Positionierung im EU-Kontext hat: Wie soll mit einer Stimme gegenüber Brüssel gesprochen werden, wenn in einem wichtigen Infrastrukturprojekt die Konkurrenzsituation so groß ist, dass der Oberrheinraum eventuell die EU-Förderung verspielt? Wie mit einer Stimme gesprochen werden kann, hängt entscheidend davon ab, wie die – häufig parallel verlaufende und oft nicht abgestimmte – Arbeit der zahlreichen Gremien neu organisiert und rationalisiert werden kann. Dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Entstehung zu vieler Gremien und Institutionen am Oberrhein geführt hat, ist ein größtenteils unstrittiger Befund. Dabei ist wiederum die hohe Quote derer auffällig, die diese Aussage nicht beurteilen konnten [Grafik 12].

Im Vokabular der Oberrheiner erfreut sich „die Entwicklung einer oberrheinischen Regionalidentität“ ungebrochener Attraktivität. **Hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Ausprägung einer Regionalidentität geführt? Mehr als ein Drittel der Akteure sind nicht dieser Auffassung, wobei ebenso viele die Frage nicht beurteilen konnten** [Grafik 14]. Es muss erklärend hinzugefügt werden, dass im Verlauf der 1990er Jahre im Zuge der INTERREG-Gelder die „Entwicklung einer transnationalen Identität“ als häufiges Motiv herangezogen wurde. In der EU-Logik ist transnationale Identität ein Kernelement im Abbau kultureller und mentaler Grenzen, sie untermauert dadurch die friedenserhaltende Idee und soll, zu Ende gedacht, zu höherer Mobilität der Bürger und Arbeitnehmer führen und damit der Grenzregion aus ihrer wirtschaftlichen Benachteiligung heraushelfen. Das Motiv selbst für die Initiierung gemeinsamer Projekte wurde von den meisten zwar als sinnvoll und legitim erachtet, aber von nicht wenigen als faktisch bürgerfern und normativ überhöht. Das mag damit zusammenhängen, dass **für viele die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gegenüber der Bevölkerung nur schwer vermittelbar** ist – insbesondere für die Schweizer Seite –, wobei die Unternehmen in Deutschland und Frankreich die Kommunikation gegenüber dem Bürger für eher einfach halten, ebenso wie Staat und Verwaltung in Deutschland [Grafik 13]. Die bewusst provozierende Aussage, dass es sich bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit meist um „Schönwetterpolitik“ handele, beschwört in Sonntagsreden und ohne weitere Konsequenzen, wurde jedoch von allen Akteuren abgelehnt, bis auf die deutschen und französischen Bildungseinrichtungen, die hier aus dem Rahmen fallen.

III. Die Wirkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im EU-Kontext

Die europäische Integrationsdynamik führte im Laufe der Jahrzehnte zunehmend zu transnationaler regionaler Zusammenarbeit, die sich vor allem in der Gründung europäischer Regionalorganisationen widerspiegelt (AGEG, VRE, KGRE etc.). In den 1980er Jahren wird das „Europa der Regionen“ entdeckt; in den 1990er Jahren bewirkt die Gemeinschaftsinitiative INTERREG den entscheidenden Kooperationsschub: **Die bis zu 50%ige Kofinanzierung von grenzübergreifenden Pilotprojekten und auch Arbeitsstäben** (z.B. Infobesten, Gemeinsames Sekretariat der Oberrheinkonferenz) **wird zu einem wesentlichen Handlungsanreiz.** Neben der Förderung von Infrastrukturmaßnahmen in den Grenzregionen Europas spielt jedoch auch eine andere Leitidee eine zunehmend wichtige Rolle: Die europäische Integration, bislang ein überwiegend durch intergouvernementale Fortentwicklung der Verträge gesteuerter Prozess „von oben“, bedarf zunehmend der Unterfütterung und Legitimierung „von unten“. Die Angleichung von Werten und Normen sowie deren Akzeptanz in der wachsenden EG lässt sich nicht mehr allein über wohlfördernde Maßnahmen erreichen. Die Förderung transnationaler Identität in Grenzübereichen wird sowohl zu einem Anliegen der EG als auch – spiegelbildlich – häufiges Motiv der Initiierung gemeinsamer Projekte: Es ist nicht schwer zu begründen, warum ein Projekt einen gemeinsamen Beitrag zur Entwicklung einer transnationalen Identität beiträgt.

Dabei steht es außer Frage, dass die INTERREG-Programme die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erleichtert haben. Dass sie einen regelrechten Zwang auslösten, neue Projektideen zu entwickeln, wurde überwiegend bejaht, gleichwohl ist ein gutes Drittel in allen drei Ländern nicht dieser Auffassung. Dies wohl aus einer idealisierenden Sicht heraus, dass Geld nicht der einzige Handlungsanreiz sei und neue Projektideen sich auch ohne INTERREG entwickelt hätten [Grafik 15 und 16]. Wird an späterer Stelle jedoch noch einmal nach INTERREG-Mitteln gefragt, so ergibt sich ein ehrlicheres Bild: über 80% halten es für schlicht erforderlich, dass für den Zeitraum 2007-2013 EU-Fördermittel in gleicher Höhe für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorhanden sind [Grafik 17]. Ob jedoch die hierdurch geförderten Projekte auch nachhaltig und qualitativ hochwertig sind, vermochten durchschnittlich 40% nicht zu beantworten. Noch weniger ist darüber bekannt, ob INTERREG die Kooperation der pri-

vaten Träger gefördert hat: in Deutschland und Frankreich konnten weit über 50% diese Frage nicht beantworten.

IV. Zukunftsperspektiven I: Prioritäten und Handlungsfelder

Auf der Prioritätenliste ganz oben steht die Orientierung der Kooperationsprojekte am Bedarf der Bürger [Grafik 17]. Dies bedarf selbstverständlich keiner weiteren Erklärung, doch die Oberrheiner sollten sich hier von einer Schimäre befreien: „Bürgernähe“ ist eines jener Schlüsselworte, die immer wieder im Oberrheindiskurs auftauchen, ebenso wie im Diskurs der EU. Die Analogie ist kein Zufall: Transnationale Kooperation wird stets als Keimzelle europäischer Integration betrachtet, auf regionaler Ebene soll ausprobiert werden, was auf europäischer Ebene vielleicht einmal umgesetzt werden kann. Beide Ebenen, die Oberrhein-Institutionen wie die EU-Institutionen haben um Bürgernähe zu kämpfen und üben sich zunehmend in demokratischer Nacheile. Doch besteht ein wesentlicher Unterschied: Die EU trifft faktisch kollektiv verbindliche Entscheidungen für die EU-Mitgliedstaaten und deren Regierungen, die sie mit den Parlamenten umsetzen müssen. Der Kampf um nachträglich eingeholte demokratische Legitimität ist gerechtfertigt. Gänzlich anders verhält es sich am Oberrhein: Hier wird der „exekutiven“ Regierungskonferenz 1997 ein Oberrheinrat als quasi-parlamentarisches Gremium gegenübergestellt und dadurch Repräsentation und Bürgernähe suggeriert. Doch weder finden Wahlen statt, noch bestehen staatsähnliche, rechtliche Kompetenzen, auf deren Grundlage kollektiv verbindliche Entscheidungen getroffen werden könnten. **Der Versuch, eine Legitimitätskette zum Bürger herzustellen, muss fehlschlagen.** Insofern ist auch die überwiegende Ablehnung der Einführung von Mechanismen des qualifizierten Mehrheitsentscheids verständlich: Die bisher existierenden Institutionen müssen Entscheidungen einstimmig treffen. Da sie keine reelle demokratische Rückbindung haben, ist der Mehrheitsentscheid auch nicht zu rechtfertigen [Grafik 19].

Die hieraus abzuleitende Handlungsempfehlung heißt: Stärkung der faktisch „bürgernahen“ Einrichtungen (wie z.B. Infobesten) durch besseres Marketing. Aufhören, innerhalb der „Großstruktur“ am Oberrhein eine nicht existente Legitimitätskette zum Bürger zu suchen und hierfür Zeit und Geld aufzuwenden.

In der Prioritätenliste folgt ein Handlungsbündel, das auf **eine gemeinsame Außenwirkung** und die **Entwicklung eines Leitbildes** (z.B. „Modellregion“ oder „Metropolregion“) sowie einer **langfristigen Strategie für den Oberrheinraum** zielt. Es steht außer Frage, dass der Oberrheinraum Motor gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung eines Grenzraumes geworden ist. Doch **die Positionierung des Oberrheinraums als Metropolregion** ist nur zu erreichen, wenn man sich für ein Dachmarketing entscheidet. Regionale Wirtschaftsförderung und Standortwettbewerb ist dabei nicht das einzige attraktive Angebot, das der Oberrheinraum der EU machen kann.

Für den Kontext des Oberrheinraums in der EU-25 ist es aufschlussreich, dass die Akteure einer Beteiligung an grenzüberschreitenden Projekten der mittel- und osteuropäischen Staaten eher skeptisch gegenüberstehen. Am ehesten ist Frankreich dieser Idee zugeneigt (50%, davon überwiegend die Verbände und Unternehmen), am wenigsten die Schweiz (66% dagegen). Spiegelbildlich sind etwa nur 40% der Akteure für die Integration von Partnern aus den MOE-Staaten in Oberrheinprojekte [Grafik 19].

V. Zukunftsperspektiven II: Voraussetzungen für eine neue Struktur

Die Vielzahl und teilweise Überlappung von Institutionen, die sich am Oberrhein entwickelt haben, haben weder die grenzüberschreitende Zusammenarbeit noch ihre direkten Wirkungen sichtbar gemacht. Dabei ist die vielerorts beklagte Multiplizierung von Strukturen und Institutionen ein Phänomen der 1990er Jahre und damit ein indirekter Ausfluss der durch die INTERREG-Programme neu entstandenen Kooperationsanreize. Hinzu kommt ein sogenannter Institutionenreflex: Aus der Umfrage – ebenso wie aus vielen Dokumenten, Broschüren, Analysen und Reden – geht hervor, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein defizitär sei, dass hier „zu wenig getan“ werde und dort „noch Potential vorhanden“ sei. Aussagen dieser Art finden allenorten Beifall, da es unhinterfragt plausibel ist, „noch mehr“ oder „noch enger“ zusammenzuarbeiten. Höchst problematisch ist dabei jedoch der zu beobachtende Reflex, der die „Verstärkung“ oder „Intensivierung“ der grenzübergreifenden Kooperation mit der Schaffung neuer Institutionen gleichsetzt, die

dann zumeist aus trilateralen, exekutivlastigen Delegationen bestehen. Bekannt ist zudem, dass die Institutionen teilweise untereinander um Themen und Projekte konkurrieren, was das gewünschte Mehr an Kooperation gerade verhindert.

Institutionen sind dann akzeptiert, wenn sie in den Augen der Bürger Sinn stiften (wofür demokratische Legitimität keineswegs zwingend ist). Lassen sie sich nicht treffend beschreiben oder fehlt eine gesellschaftliche Vermittlung, kann der Bürger sie auch nicht sehen, nicht wahrnehmen, geschweige denn ihr einen Sinn unterschieben. Die Akteure am Oberrhein bleiben so – von außen betrachtet – eine reine Überzeugungsgemeinschaft, die stets mit dem Problem nachgelagerter demokratischer Legitimierung ihres Handelns beschäftigt ist. Diese ist letzten Endes (noch immer) über die Rückbindung an die Landesregierungen und -parlamente einzuholen. **Mittelfristig ist somit eine stärkere Politisierung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit erforderlich**, die über die ritualisierten Gipfeltreffen der Landes- und Regionalchefs und ihrer Deklarationen hinausgeht, oder besser: mit ihnen bricht.

Die von allen Seiten als problematisch empfundene Überinstitutionalisierung ist nicht einfach zu beheben. Zum jeweiligen Zeitpunkt gab es (a) ein Motiv und (b) die nötigen finanziellen Mittel, die zur Gründung der Institutionen und ihrem entsprechenden teilräumlichen Zuschnitt geführt haben. **Für jede Institution gibt es jedoch Bedingungen, die über ihre ursprüngliche Motivation hinaus ihren Bestand rechtfertigen müssen, um als legitim erachtet zu werden.** Es sind dies gleichzeitig die Erfolgsbedingungen für eine Reform der Institutionen am Oberrhein:

1. Sie müssen eine einfache und klare Idee verkörpern
2. Sie haben Orientierungsfunktion für den Bürger
3. Sie haben Orientierungsfunktion für die Akteure selbst
4. Ihr sektoraler und territorialer Zuschnitt sind weitgehend deckungsgleich
5. Sie sind wahrnehmbar und sinnstiftend, wenn sie 1. bis 4. erfüllen.

An diesen fünf Kriterien müssen sich die Institutionen am Oberrhein messen lassen. Anders formuliert: Ist es allen an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gelegenen Akteuren sowie den politisch Verantwortlichen Ernst mit einer Reform der Strukturen am Oberrhein, so muss die Existenzberechtigung einer grenzüberschreitend tätigen Institution überzeugend in Frage gestellt werden dürfen.

Konkrete Vorschläge zur Umsetzung zeigt Grafik 21. Die gleiche Meßlatte ist auch bei der Zusammenlegung von Kooperationsräumen anzulegen, wenn argumentiert werden soll, warum ein bestimmter Teilraum zukünftig nicht mehr die Projekte durchführen sollte, die er in der Vergangenheit bearbeitet hat. Eng hiermit verbunden ist die Konzentration auf Kernprojekte, die – im Rahmen eines Gesamtkonzepts mit Zielen und Leitmotiven, die dem Oberrheinraum ein Profil geben – entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip von bestimmten Teilräumen bearbeitet werden sollen [Grafik 23]. Die Zukunft des Oberrheinraums hängt somit von folgenden Entscheidungen ab, die mittelfristig getroffen werden müssen [Grafik 24]:

1. Die Entscheidung, was der Oberrheinraum werden soll („Metropolregion“?).
2. Die Entscheidung, wie dieses Ziel erreicht werden kann (Reformvorschläge s.o., einheitlicher Auftritt, Außenwirkung, Marketing etc.).
3. Die Entscheidung, wie eine gemeinsame Plattform auf EU-Ebene geschaffen werden kann (beispielsweise durch Entsendung einer Delegation in den Ausschuss der Regionen der EU).

Die Umfrage kann auf der Homepage des dfi eingesehen werden:
www.dfi.de/de/pdf/gruez/Zukunft_Oberrhein_Bericht_Analyse.pdf

Dr. Wolfram Vogel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutsch-Französischen Institut.

Meinungsumfrage TNS Sofres zur Zukunft des Oberrheinraumes aus Sicht der ansässigen Deutschen, Franzosen und Schweizer

Die Repräsentativumfrage des Meinungsforschungsinstitut TNS-Sofres, durchgeführt im Auftrag der Fondation Entente Franco Allemande aus Straßburg ist das Kernstück der zweiten Phase des Projekts „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärken“, das von der FEFA gemeinsam mit dem dfi geleitet wird.

Primäres Ziel war es, die Einstellungen und Erwartungen der Bürger im grenznahen Raum entlang des Rheins heraus zu arbeiten. Mit Blick auf diese Zielsetzung wurde eine Reihe von qualitativen Gesprächen mit jeweils einer so genannten „Kontrollgruppe“ in den drei grenznahen Gebieten der Schweiz, Frankreichs und Deutschlands durchgeführt. Auf dieser Basis hat das Meinungsforschungsinstitut TNS Sofres einen Fragebogen ausgearbeitet, der sechs verschiedene Bereiche umfasst: persönliche Einstellungen und Präferenzen, Werte und Schlüsselbereiche, Zukunft und Erwartungen, Wahrnehmung des geographischen Raums in dem man lebt, Beurteilung der Lage der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Zukunft der jungen Generation.

Auch wenn dieser letztgenannte Aspekt ohne Zweifel einen wichtigen Stellenwert einnahm, zielte die Umfrage dennoch auf die gesamte Bevölkerung im Alter zwischen 16 und mehr als 65 Jahren in diesem grenzüberschreitenden Raum.

Die repräsentative Telefonumfrage von TNS sofres wurde im Zeitraum zwischen dem 5. und 12. Dezember bei einer ausgewählten Gruppe von 904 Personen, die in diesem Raum wohnen, durchgeführt. Sie schließt an eine Publikation an, die eine Bestandsaufnahme bzw. eine Evaluierung der Strukturen und der Schlüsselbereiche der grenzüberschreitende Zusammenarbeit zum Inhalt hat und ebenfalls von der FEFA in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg erstellt wurde.

Die TNS Sofres Umfrage zeigt in ihrer Eindeutigkeit überraschende Ergebnisse. Die Einwohner des Raums von Mulhouse bis Saarbrücken bilden eine Wertegemeinschaft: Sie haben die gleichen Prioritäten und Zukunftssorgen. Ihre Erwartungen an die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind hoch. Drei Forderungen sind prioritär:

- Förderung der Zweisprachigkeit (56%)
- Ein gemeinsames Wirtschaftsförderprogramm (40%)
- Die Verbesserung der Infrastruktur (Straßen und öffentliche Verkehrsmittel) 37%.

Das größte Problem ist die Sprache. Nur 26% beherrschen einigermaßen oder gut die Sprache des Nachbarn. 43% der Franzosen können Deutsch und 37% der Schweizer Französisch, aber nur 12% der Deutschen können Französisch.

Die Erwartungen an die nationalen Regierungen und an die Europäische Union sind ebenso unmissverständlich: 76% wünschen mehr Kompetenztransfer für die europäischen Grenzregionen, in Frankreich sind es sogar 85%.

Die Situation der Jugendlichen (16-24 Jahre) ist besonders aufschlussreich: Sie sind mobiler als die älteren Bürger und haben eine höhere Fremdsprachenkompetenz. Ihre Zukunft sehen sie vorwiegend (64%) in ihrer Heimatregion. Allerdings fühlen sie sich weniger der grenzüberschreitenden Region zugehörig als die Älteren, und auch ihre Forderung nach grenzüberschreitender Zusammenarbeit fällt geringer aus.

Die politischen Folgerungen aus diesen Ergebnissen liegen auf der Hand: „Unsere Zukunft ist eine gemeinsame Zukunft. Die Umfrage zeigt eindeutig, dass die Bürger erkannt haben, wie sehr unsere Regionen voneinander abhängen“ betont André Bord, Präsident der Fondation Entente Franco-allemande.

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Umfrage mit 40 Einzelfragen und Antworten, unterschieden nach Geschlecht, Alter, Beruf, Bildungsabschluss, politische Wählergruppe, Region und unterschieden nach städtischer und ländlicher Bevölkerung können in drei herausragenden Kategorien zusammen gefasst werden:

- **Die Bewohner am Oberrhein bilden eine Wertegemeinschaft.** Das heißt, sie haben die gleichen Prioritäten und Zukunftssorgen. Die Bevölkerung diesseits und jenseits des Rheins ist mobil aber nur sehr unvollständig zweisprachig.
- **Es besteht ein starker Wunsch, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verstärken** und zwar vor allem in Hinblick auf Zweisprachigkeit, regionale Wirtschaftsentwicklung und Verbesserung der Infrastrukturen.
- **Das Vertrauen in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Hinblick auf die Verbesserung der Zukunftschancen**

der jungen Generation. Ihre Zukunft sehen sie vor allem innerhalb ihres nationalen und regionalen Heimatraumes (einschließlich aber nicht nur begrenzt auf den Oberrheinraum).

Analysiert man die Antworten im Einzelnen und legt den Schwerpunkt auf die zukünftig prioritären Handlungsfelder grenzüberschreitender Zusammenarbeit, so lassen sich aus den Umfrageergebnissen folgende Schlussfolgerungen ziehen:

Die Bewohner des Oberrheins sind mobil, aber nur sehr unzureichend zweisprachig

Unabhängig von den jeweils im Einzelnen stark unterschiedlichen Gründen, **sind 19% der Bewohner dieses Raums mindestens einmal pro Woche in einem der anderen Länder.** Nur 10% überschreiten niemals die Grenzen.

An der Spitze der Gründe für den Besuch im jeweils anderen Land steht die Freizeitgestaltung (nur 17% aller Bewohner haben niemals aus Freizeitgründen die Grenze überquert). Im Gegensatz dazu sind es nur 30% der Personen im erwerbsfähigen Alter, die aus beruflichen Gründen in das jeweils andere Land fahren. Immerhin sind es aber 4%, die das täglich tun.

Die mobilsten Bevölkerungsgruppen in Hinblick auf den Grenzübertritt sind nach Altersgruppen differenziert die 16-34-jährigen, nach Berufsgruppen die mittleren Angestellten und Arbeiter und mit Blick auf die jeweiligen Regionen die Bewohner des Saarlandes bzw. aus Rheinland-Pfalz (beide jeweils zu 29%) und des Elsass (21%).

Nur gut ein Viertel (26%) der Bevölkerung in diesem Raum entlang des Rheins beherrscht gut oder spricht fließend die andere Sprache (französisch oder deutsch) neben seiner Muttersprache. 37% der Befragten haben keinerlei Kenntnis der anderen Sprache.

Die Bevölkerungsgruppen, die in einem gewissen Sinne noch am ehesten als zweisprachig bezeichnet werden könnten, ist die Altersgruppe zwischen 16 und 24 Jahren (32% geben an die die Fremdsprache „ziemlich gut“ oder „fließend“ zu sprechen), die Älteren (30% der 65-jährigen und älter fallen unter diese beiden Kategorien), aber auch die leitenden Angestellten (41%) die Studenten (43%) und nach Ländern unterschieden die Franzosen (43%) und die Schweizer (37%). Zu diesen Gruppen gehören

auch all diejenigen, die sich häufig im anderen Land befinden (46%). Bei den befragten Deutschen hingegen gab es nur 12%, die Französisch „gut“ oder „fließend“ sprechen.

Gemeinsame Werte und vergleichbare Prioritäten

Die befragten Personen verstanden sich in erster Linie als Bürger ihres Landes (48%), dann ihrer Kommune (39%) und schließlich Europas (34%). Dennoch **sind es 31% der Befragten, die ihre Zugehörigkeit zur grenzüberschreitenden Region, d.h. unter Einschluss der Nachbarländer in diesem rheinischem Raum angeben**, noch vor dem Selbstverständnis als Weltbürger (22%) oder der jeweils nationalen Region, des Bundeslandes oder des Kantons (21%). Die Befragten, die sich am häufigsten als Bürger des grenzüberschreitenden Raums verstehen sind die Selbständigen und Angehörige der freien Berufe (46%) und mit Blick auf die jeweilige Nationalität die Deutschen (37%).

Diese Rangfolge in dem Gefühl der Zugehörigkeit ist von Land zu Land unterschiedlich. In Deutschland steht die Kommune (50%) an der Spitze, gefolgt von dem Land (43%). In der Schweiz liegt die Nation (59%) weit vor allen anderen Kategorien. In Frankreich schließlich steht zwar die Nation mit 51% an der Spitze, aber Europa (41%) und nicht zuletzt die Zugehörigkeit zur Region (34%) sind ausgeprägter als in den beiden anderen Ländern.

In ihrer Gesamtheit bilden die Bewohner dieses grenzüberschreitenden Raumes eine Wertegemeinschaft, unabhängig davon, ob sie Deutsche, Schweizer oder Franzosen sind. Gesundheit (77%), Zeit für die Familie (64%) und ein Arbeitsplatz (52%) bilden in dieser Reihenfolge die drei herausragenden Prioritäten aller Befragten. Dies trifft sowohl für die gesamte grenzüberschreitende Region zu, als auch für jedes einzelne der drei Länder. Bei den jüngeren in der Altersgruppe bis 29 Jahren steht jedoch der Arbeitsplatz an erster Stelle (64%).

Die Bewohner des grenzüberschreitenden Oberrheingebiets haben in Hinblick auf Zukunftssorgen (der nächsten fünf Jahre) ähnliche Befürchtungen, die sich jedoch von Land zu Land stärker unterscheiden als die oben genannten Prioritäten. Arbeitslosigkeit steht dabei mit 49% insgesamt an der Spitze und nimmt diesen Platz auch in den jeweiligen Ländern ein, gefolgt von der Angst vor einer schweren Krankheit bei 43% aller Befragten und bei 47% der Deutschen bzw. 43% der Schweizer.

Die Franzosen hingegen sind besonders besorgt, was Gewalt und Unsicherheit angeht (vermutlich eine Folge der städtischen Konflikte im November 2005) aber weniger beunruhigt was die Kriegsgefahr und Terrorismus betrifft. Die Schweizer schließlich sorgen sich weniger um die Finanzierungsprobleme der Rente als ihre deutschen und französischen Nachbarn.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit – Motor der regionalen Entwicklung

Bei der Frage „Nennen Sie spontan die Namen von Organisationen oder Institutionen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ werden von den Befragten in erster Linie Nichtregierungsorganisationen bzw. Vereine genannt (14%), gefolgt von Einrichtungen oder Programmen der europäischen Union (8%), des Europapark Rust (7%), der vor allem in Deutschland einen hohen Bekanntheitsgrad hat.

Legt man den Befragten eine Liste mit vorgegebenen Organisationen und Institutionen vor, steht der Europapark Rust mit 75% eindeutig an der Spitze gefolgt von der Kategorie Eurodistrikt (38%) und Euro-Institut (26%). Mit 21% der Nennungen hat die Fondation Entente Franco Allemande einen guten Bekanntheitsgrad.

Eine Mehrheit von 54% der Bewohner des grenzüberschreitenden Raums ist der Meinung, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verstärkt werden sollte. Nur 2% sind der Meinung, dass sie aufgegeben werden könnte (35% der Befragten geben an, dass sie in ihrer derzeitigen Form gut funktioniert). Die Gruppe der Befragten, die am meisten eine Intensivierung dieser Zusammenarbeit unterstützen, sind Bewohner in der Altersgruppe zwischen 50 und 64 Jahren (61%), die leitenden Angestellten (67%) und Personen, die einen Hochschulabschluss haben (67%). Unterschieden nach Ländern sind es die Franzosen, die mit 60% relativ stärker die grenzüberschreitende Zusammenarbeit unterstützen als ihre deutschen Nachbarn mit 52% bzw. die Befragten in der Schweiz mit 48%.

Mehr als drei Viertel der Befragten, nämlich 76% der Bewohner des Oberrheingebiets, unterstützen den Transfer von Zuständigkeiten und Finanzmitteln von der europäischen Union und den Nationalstaaten zu den grenzüberschreitenden Regionen in Europa. Auch hier sind es wie-

derum die Befragten in Frankreich, die eine solche Übertragung am stärksten unterstützen (85%).

Die Bewohner des Oberrheinraumes nennen eine ganze Reihe von Zielsetzungen, die vorrangig unterstützt werden müssten, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in dieser Region zu verbessern. Insgesamt steht dabei die Förderung der Zweisprachigkeit mit 56% an der Spitze, in Deutschland, wo die Zweisprachigkeit relativ geringer ausgebildet ist als in den beiden anderen Ländern erreicht diese Forderung sogar 62%, in Frankreich 53%. In der Schweiz als offiziell mehrsprachigem Land wird dieses Ziel nur an zweiter Stelle mit 44% genannt, während der Ausbau der Eisenbahnverbindungen im grenzüberschreitenden Raum an erster Stelle von 52% gefordert wird.

Die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Plans der Wirtschaftsförderung nimmt in der Hierarchie der vorrangigen Aufgaben insgesamt einen zweiten Platz ein (40%) gefolgt von einer Verbesserung der grenzüberschreitenden Straßenverbindungen (37%)

Die Zukunft des Oberrheinraumes hängt natürlich nicht zuletzt von der Zukunft der jungen Generation ab. **Gefragt danach, wem man bei der Verbesserung der Lebenssituation der jungen Generation am meisten vertraut, nennen 65% der Befragten dieses Raumes die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.** Sie steht noch - und zwar in dieser Reihenfolge - vor den Kategorien „die Bürger selbst“, die Vereine, die Lokalpolitiker, die politischen Parteien und schließlich die Medien. Vor allem in Frankreich ist diese Reihenfolge ausgeprägt. Nur das Schul- und Universitätswesen genießt mehr Vertrauen (72%) als die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Gefragt wo sie ihre Zukunft sehen, nennen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Altersgruppe zwischen 16 und 24 Jahren in erster Linie die regionale und nationale Ebene. 64% antworten mit Region, Bundesland bzw. Kanton bei der Frage wo sie in den nächsten fünf Jahren ihre persönliche und berufliche Zukunft sehen. 18% nennen ein anderes als ihr eigenes Land in diesem grenzüberschreitenden Raum. Dagegen sind es nur 11% bzw. 10% in dieser Altersgruppe, die daran denken, sich in einem anderen europäischen bzw. außereuropäischen Land nieder zu lassen.

Dennoch bleibt anzumerken, dass die junge Generation die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als weniger bedeutsam einschätzt als die Befragten insgesamt. Sie sind zwar die Altersgruppe mit der größten Mobilität (24% aller 16-24-jährigen überschreitet mindestens einmal

wöchentlich die Grenze im Oberrheinraum) aber sie fühlen sich weniger als Bürger dieses Raumes als vielmehr dem jeweiligen Land zugehörig bzw. als „Weltbürger“. Schließlich ist bei dieser Altersgruppe mit 49% auch der Wunsch nach einer Verstärkung der grenzüberschreitenden Kooperation weniger ausgeprägt als bei den Befragten insgesamt mit 54%.

Die gesamte Umfrage kann auf der Homepage des Meinungsforschungsinstituts TNS-Sofres unter folgender Adresse eingesehen werden: http://www.tns-sofres.com/etudes/pol/020206_rhenan.pdf